

Protokoll 54. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Juni 2015, 17.00 Uhr bis 21.01 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Thomas Kleger (FDP), Derek Richter (SVP), Thomas Schwendener (SVP), Karin Weyermann (CVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|---------------------------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2015/166 * | Weisung vom 03.06.2015:
Dringliche Motion der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 3. | 2015/179 * | Weisung vom 10.06.2015:
Immobilien Stadt Zürich, Neubau der Schulanlage Freilager, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion | VHB
VSS |
| 4. | 2015/137 *
E | Postulat von Min Li Marti (SP), Samuel Dubno (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 20.05.2015:
Polizeimeldungen und Kommunikation der Stadtpolizei, Verzicht auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern sowie von Opfern | PV |
| 5. | 2015/170 *
E | Postulat von Simon Diggelmann (SP), Matthias Probst (Grüne) und 24 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:
Errichtung von automatischen Velo-Zählstellen mit Visualisierung des Verkehrsaufkommens an ausgewählten Standorten | VTE |
| 6. | 2015/171 *
E | Postulat von Marcel Savarioud (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:
Einrichtung einer weiteren Kindertagesstätte für das städtische Gesundheitspersonal der Alters- und Pflegezentren und des Stadtsitals Waid | VGU |

- | | | | |
|-----|---|---|-----|
| 7. | <u>2015/172</u> *
E | Postulat von Markus Baumann (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 03.06.2015:
Engere Zusammenarbeit der Sozialen Dienste und der Regionalen Arbeitsvermittlung des Kantons Zürich (RAV) zur Verbesserung der Situation der Arbeitssuchenden ab 50 Jahren | VS |
| 8. | <u>2015/173</u> *
** | Interpellation der Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 03.06.2015:
Missbräuchliche Mietverhältnisse bei Sozialhilfebeziehenden und Working Poor, Situation bezüglich der Versorgung der Armutsbetroffenen mit zumutbarem Wohnraum sowie Massnahmen zur Verhinderung von missbräuchlichen Mietverhältnissen und zur Unterstützung der betroffenen Personen | VS |
| 9. | <u>2015/167</u> | Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05062), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 10. | <u>2015/168</u> | Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05065), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 11. | <u>2015/169</u> | Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05064), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 12. | <u>2015/88</u> | Weisung vom 25.03.2015:
Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2014 | VS |
| 13. | <u>2015/66</u> | Weisung vom 11.03.2015:
Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung | FV |
| 14. | <u>2015/1</u> | Weisung vom 07.01.2015:
Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen, Bericht und Abschreibung | STP |
| 15. | <u>2015/39</u> | Weisung vom 04.02.2015:
Postulat der Spezialkommission PRD/SSD betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen», Bericht und Abschreibung | STP |

16. [2015/13](#) E/A Postulat von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) FV
vom 14.01.2015:
Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrads für Angestellte mit Betreuungspflichten, Änderung des Personalrechts (PR)
17. [2015/142](#) E/A Postulat der Grüne-Fraktion vom 20.05.2015: FV
Städtische Mitarbeitende mit Betreuungspflichten, Ermöglichung von längeren unbezahlten Urlauben
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1042. 2015/191

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 17.06.2015: Velo-Initiative und Gegenvorschlag, Abstimmungsergebnis und weitere Massnahmen

Namens der Grüne-Fraktion verliest Matthias Probst (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Veloförderung konkret

Das Zürcher Stimmvolk hat sich am 14. Juni 2015 klar für die Förderung des Veloverkehrs ausgesprochen. Die Jungen Grünen und Grünen fordern jetzt konkrete Massnahmen.

Seit Jahren spricht der Zürcher Stadtrat zwar von Veloförderung, trotzdem ist das Velonetz bis heute ein unbefriedigendes Flickwerk geblieben. An der Urne hat die Stadtbevölkerung gezeigt, dass sie klar mehr Veloförderung will. Es muss sich jetzt konkret einiges bewegen in der Zürcher Verkehrspolitik. Junge Grüne und Grüne fordern deshalb:

1) Das Velo muss in der Planung eine höhere Priorität bekommen

Bisher sind Velospuren hauptsächlich dort eingezeichnet worden, wo genügend Platz vorhanden war – das reicht nicht. Der Verkehrsraum muss neu gedacht werden. Das Velo ist ein Transport- und Freizeitverkehrsmittel, mit welchem man von A nach B fahren können muss, ohne Schikanen, ohne gefährliche Stellen und ohne fehlende Abschnitte. Dazu müssen die Verkehrsplanerinnen und -planer freie Hand bekommen, um den vorhandenen Raum neu zu verteilen.

2) Velowege sind wichtiger als Parkplätze

Velorouten, die wegen Parkplätzen links und rechts der Strasse unterbrochen werden, darf es in Zukunft nicht mehr geben. Velorouten genügen nur, wenn sie eine Mindestbreite aufweisen und genügend Abstand zu fahrenden und stehenden Autos sowie zu allen anderen Verkehrsteilnehmenden haben. Der öffentliche Raum muss deshalb für prioritäre öffentliche Anliegen wie den Veloverkehr genutzt werden, statt privaten Autoabstellplatzbedürfnissen zur Verfügung zu stehen.

3) Velorouten aus dem Masterplan Velo müssen jetzt geplant und gebaut werden

Die Stadtbevölkerung hat mit der Abstimmung zur Veloinitiative auch eine Frist von 20 Jahren gesetzt, um ein sicheres und alltagstaugliches Veloroutennetz fertig zu bauen. Die Zukunft hat aber mit dem 14. Juni begonnen und deshalb muss jetzt auch mit der Planung und Realisierung begonnen werden

4) Velofahren attraktiv für alle

Geübte Velofahrende sind schon längst unterwegs. Es würden jedoch bedeutend mehr Menschen gerne in Zürich Velo fahren, wenn nur die Verkehrssituation für Velofahrende besser wäre. So ist es z.B. unverständlich, wieso bei Schulwegen nicht automatisch auch auf die Sicherheit für einen

kinderfreundlichen Veloverkehr geachtet wird und warum auf Pausenplätzen Autos der Lehrerschaft parkiert sein dürfen, aber für Kinder mit Velo häufig Fahrverbot gilt.

Junge Grüne und Grüne werden die Umsetzung des Volkswillens im Bereich Veloverkehr laufend kritisch überprüfen und wo nötig unterstützen.

G e s c h ä f t e

1043. 2015/166

Weisung vom 03.06.2015:

Dringliche Motion der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 15. Juni 2015

1044. 2015/179

Weisung vom 10.06.2015:

Immobilien Stadt Zürich, Neubau der Schulanlage Freilager, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 15. Juni 2015

1045. 2015/137

Postulat von Min Li Marti (SP), Samuel Dubno (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 20.05.2015:

Polizeimeldungen und Kommunikation der Stadtpolizei, Verzicht auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern sowie von Opfern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1046. 2015/170

Postulat von Simon Diggelmann (SP), Matthias Probst (Grüne) und 24 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:

Errichtung von automatischen Velo-Zählstellen mit Visualisierung des Verkehrsaufkommens an ausgewählten Standorten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt namens der CVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1047. 2015/171

Postulat von Marcel Savarioud (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:

Einrichtung einer weiteren Kindertagesstätte für das städtische Gesundheitspersonal der Alters- und Pflegezentren und des Stadtsitals Waid

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1048. 2015/172

Postulat von Markus Baumann (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 03.06.2015:

Engere Zusammenarbeit der Sozialen Dienste und der Regionalen Arbeitsvermittlung des Kantons Zürich (RAV) zur Verbesserung der Situation der Arbeitssuchenden ab 50 Jahren

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1049. 2015/173

Interpellation der Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 03.06.2015:

Missbräuchliche Mietverhältnisse bei Sozialhilfebeziehenden und Working Poor, Situation bezüglich der Versorgung der Armutsbetroffenen mit zumutbarem Wohnraum sowie Massnahmen zur Verhinderung von missbräuchlichen Mietverhältnissen und zur Unterstützung der betroffenen Personen

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 10. Juni 2015 (vergleiche Beschluss-Nr. 1017/2015)

Die Dringlicherklärung wird von 96 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 Gescho GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1050. 2015/167**(Weisung 2014/236 vom 09.07.2014)****Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05062), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich**

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 19.11.2014 (GRB Nr. 527) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2015.05062) vom 02.06.2015 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 02.07.2015, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 22.05.2015
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2015.05062) vom 02.06.2015

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Zustimmung:	Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; 2. Vizepräsident Peter Küng (SP), Martin Abele (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Mauro Tuena (SVP)
Abwesend:	1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Mitteilung an den Stadtrat

1051. 2015/168**(Weisung 2014/236 vom 09.07.2014)****Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05065), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich**

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 19.11.2014 (GRB Nr. 527) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2015.05065) vom 02.06.2015 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 02.07.2015, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 26.05.2015
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2015.05065) vom 02.06.2015

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Zustimmung:	Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; 2. Vizepräsident Peter Küng (SP), Martin Abele (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Mauro Tuena (SVP)
Abwesend:	1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Mitteilung an den Stadtrat

1052. 2015/169**(Weisung 2014/236 vom 09.07.2014)****Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05064), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich**

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 19.11.2014 (GRB Nr. 527) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2015.05064) vom 02.06.2015 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 02.07.2015, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 26.05.2015
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2015.05064) vom 02.06.2015

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Zustimmung:	Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; 2. Vizepräsident Peter Küng (SP), Martin Abele (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Mauro Tuena (SVP)
Abwesend:	1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Mitteilung an den Stadtrat

1053. 2015/88**Weisung vom 25.03.2015:****Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2014**

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2014 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Maleica Landolt (GLP)

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent
Enthaltung:	Corinne Schäfli (AL)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 19 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2014 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Juni 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1054. 2015/66**Weisung vom 11.03.2015:****Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2014 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 2 354 592.95 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2014 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 8. Juni 2015

Eintretensdebatte:

Rebekka Wyler (SP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2014 vor.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1055/2015–1060/2015)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1055. 2015/192

Erklärung der SP-Fraktion vom 17.06.2015: Rechnung 2014

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Weitere Steuerausfälle gefährden das finanzielle Gleichgewicht

Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Defizit von 57 Millionen Franken erheblich besser ab als vorgesehen. Budgetiert war ein Minus von 173 Millionen. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2014 noch gute 667 Millionen Franken. Die Stadt Zürich steht finanziell grundsätzlich gut da. Herausfordernd ist jedoch das künftige Umfeld: Einerseits drohen weitere Steuerausfälle aufgrund von Beschlüssen von Kanton und Bund, andererseits sind die Konjunkturaussichten aufgrund des starken Frankens unsicher: Es ist mit Stellenabbau und mit zurückgehenden Steuereinnahmen zu rechnen.

Zum im Vergleich zum Budget verbesserten Resultat haben zusätzliche Einnahmen, die guten Abschlüsse der Gemeindebetriebe sowie einige Sondereffekte beigetragen. Doch auch die Ausgaben sind teilweise rückläufig. Der Sachaufwand liegt klar unter dem Budget. Die SP begrüsst das verbesserte Kostenbewusstsein von Stadtrat und Verwaltung und hofft, dass die Ausgaben damit weiter reduziert werden können, ohne dass Leistungen für die Bevölkerung abgebaut werden. Das Wachstum des Personalaufwands konnte ebenfalls gebremst werden. Gleichzeitig halten wir fest, dass eine wachsende Stadt auch mehr Angestellte – Krankenpfleger, Lehrerinnen oder Steuerbeamte – braucht. Offene Stellen beispielsweise im Gesundheitswesen müssen besetzt werden, damit der Druck auf die Mitarbeitenden der Spitäler und Pflegeinstitutionen nicht immer weiter zunimmt.

Die Nettoinvestitionen liegen klar unter dem Budget und auch unter der Rechnung 2013: Nur knapp drei Viertel der budgetierten Investitionen wurden ausgeschöpft. Dies kann problematisch sein, sind doch die Investitionen der öffentlichen Hand wichtig für Gewerbe und KMU. Die SP warnt deshalb vor zu tiefen Investitionen und hält an ihrer langjährigen Forderung nach Verstetigung der Investitionen fest.

Die Steuereinnahmen sind mit über 2,5 Milliarden Franken auch 2014 rekordhoch und liegen über dem Budget. Die Steuererträge ermöglichen es uns, wichtige Projekte zu finanzieren, denen die Stimmbevölkerung mit klarem Mehr zugestimmt hat: Dazu gehören der gemeinnützige Wohnungsbau oder der Ausbau der Kinderbetreuung. Damit diese Volksentscheide umgesetzt werden können, ist die Stadt Zürich weiterhin auf ausreichende Steuereinnahmen angewiesen. Deshalb wehrt sich die SP gegen grossflächige Steuerausfälle, wie sie etwa mit der Unternehmenssteuerreform III drohen. Ebenfalls verfolgen wir aufmerksam, ob die beiden Grossbanken in nächster Zeit wieder – wie versprochen – Gewinnsteuern bezahlen werden.

1056. 2015/193

Erklärung der SVP-Fraktion vom 17.06.2015: Rechnung 2014

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung Stadt Zürich 2014 – Schamlose rote Politik

«Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen

muss.» Dieser Spruch Mark Twains passt exemplarisch zur Politik der rot-grünen Stadtzürcher Regierung und den sozialistischen und linkssinnigen Politikern im Gemeinderat.

Um es deutlich zu sagen: Die linke Regierung lebt und bedient sich schamlos auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten des in der Privatwirtschaft beschäftigten Mittelstandes, auf Kosten des Gewerbes und insbesondere auf Kosten der nächsten Generation. Allein das Fremdkapital, auch Schulden genannt, stieg seit 2005 von CHF 7.7 Milliarden um schier unglaubliche 1.8 Milliarden auf CHF 9.5 Milliarden. (9'500'000'000) an. Aber weit gefehlt, das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange – für 2015 sind Mittelaufnahmen von weiteren 850 Millionen Franken geplant.

Allein die Zinsen für die Schuld der Stadt Zürich gegenüber der Pensionskasse betragen seit 2005 rund CHF 200 Millionen. Ein 2005 von der SVP eingereichtes und überwiesenes Postulat zur Reduktion der Zinslast wurde vom Stadtrat schlicht nicht umgesetzt. Es wäre gemäss Stadtratsbeschluss 1160/1994 schon längst ein Gläubigertausch oder eine Umschuldung zu wesentlich tieferen Konditionen möglich. Aber das will die Stadt wohl ganz bewusst nicht. Sie setzt die Mittelaufnahmen lieber für die Bevormundung und Umerziehung der Bürger ein. Zum Vergleich: Um die auf Basis der nach der Amortisation 2015 bestehenden Schuld von noch rund CHF 260 Millionen selbe Rendite von rund CHF 10.5 Millionen mit sogenannten sicheren Anlagen zu erzielen, müsste die Pensionskasse der Stadt Zürich am Markt über CHF 1 Milliarde anlegen. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse stünde heute auf ganz anderen Füßen. Eine gegenüber der Privatwirtschaft weit höhere Verzinsung der Pensionskassen-Guthaben wäre so kaum möglich gewesen. Die SVP will den Angestellten nichts wegnehmen, aber solche Aspekte müssen in Fragen der Total-Kompensation und der Anstellung von städtischen Angestellten endlich öffentlich auf den Tisch gelegt werden.

Und nun wird den Bürgern, den Wählern und den Steuerzahlern dieser Stadt ein Defizit von CHF 57 Millionen als Erfolg verkauft und von allen Parteien dieses Parlaments ausser der SVP, jenen die ohnehin immer mehr ausgeben wollen als sie einnehmen und jenen, die alljährlich behaupten keine Defizite mehr zu wollen, durchgewinkt werden. Auch Sie müssten rot werden, geschätzte Parlamentarier der Sparkoalition, zumindest im Gesicht!

Der Stadtrat hat in der Wahrheit überhaupt nicht gespart, im Gegenteil!

Allein die folgenden, vom Stadtrat nicht beeinflussbaren, Sondereffekte führten zu Verbesserungen: Flughafen-Aktie CHF 50 Mio. Steuerertrag, juristische Personen CHF 52 Mio. und Auflösung Rückstellung Neubewertung Übertragungsnetz ewz netto CHF 40.3 Mio. Das ergibt zusammen CHF 142.3 Mio.. Rechnet man noch die zusätzlichen Entgelte von CHF 23 Mio. exklusive Gemeindebetriebe hinzu, liegen die Zusatzeinnahmen bereits bei CHF 165.3 Mio. Zur Erinnerung: Das budgetierte Defizit inklusive Zusatzkredite lag bei CHF 213.4 Mio.

Die ganz grosse Verhöhnung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zeigt sich einmal mehr an einem im Verhältnis kleinen Betrag. Im Budget 2014 wurden dem Stadtrat gegen den Willen der SVP CHF 500'000 als freier Kredit zugesprochen. Dieser grosszügige Betrag reichte aber nicht und wurde einfach überschritten. Selbstverständlich lässt man sich die Überschreitung von der Allgemeinheit bezahlen. Das ist umso schamloser, als dass sich die elitären neun Damen und Herren Stadträte in Zeiten knapper Finanzen, eines Sanierungsprogrammes, zunehmenden Arbeitslosenzahlen und tieferer Löhne in der Privatwirtschaft aus diesem Kredit selber ein Weihnachtsessen für CHF 10'000 oder umgerechnet CHF 500 pro Kopf und Kehle genehmigten.

Die Rechnung 2014 führt zudem, wohl ungewollt, ganz unmissverständlich den negativen Effekt der Massenzuwanderung vor Augen. Lag der Steuerertrag von natürlichen Personen 2010 bei 385'463 Einwohnern noch bei CHF 1.45 Mrd. so waren es 2014 bei 404'783 Einwohnern, nur noch CHF 1.39 Mrd.. 20'000 Zuwanderer brachten also nicht mehr, sondern weniger Ertrag. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung sinkt somit um sage und schreibe 9 Prozent von CHF 3'761 auf 3'434. Die Schere zwischen Infrastrukturkosten (Strassen, OeV, Elektrizität, Sicherheit, Personal, Schule, Kinderbetreuung, etc) und den zugrundeliegenden Steuereinnahmen natürlicher Personen öffnet sich also immer mehr.

Für die SVP ist klar: Das Defizit der Stadt Zürich ist mehr denn je systemisch und aufwandsbezogen. Es grenzt schon an Galgenhumor, wenn die sozialistische rot-grüne Stadt Zürich zur Vermeidung des Bankrotts auf die Steuereinnahmen von den verhassten Banken, auf die Aktienkurssteigerungen des Flughafens, auf Grundstücksverkäufe und auf Bussen der Autofahrer, etc. angewiesen ist.

Wir halten es mit Thomas Jefferson, der in seiner Amtszeit sagte: «Das Prinzip, im Namen der Finanzierung Geld auf Kosten künftiger Generationen auszugeben, ist nichts als ein grossangelegter Betrug an der Zukunft.»

Wer über Jahre nicht in der Lage und auch nicht willens ist, das systemisch bedingte Risiko der Zürcher Stadtfinanzen auch nur annähernd zu verbessern, dem dürfen verantwortungsbewusste Politiker auch keine Décharge erteilen, auch wenn das Geld ohnehin schon ausgegeben ist.

1057. 2015/194**Erklärung der FDP-Fraktion vom 17.06.2015:
Rechnung 2014**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Nochmals höhere Steuereinnahmen finanzieren den rekordhohen Aufwand

Die FDP nimmt das Ergebnis der Rechnung 2014 mit einem Defizit von 56.8 Millionen Franken zur Kenntnis. Dieses Resultat sieht zwar besser aus als das budgetierte Defizit von über 200 Millionen Franken, es kommt aber nur dank Sondereffekten zustande.

Das vorliegende Ergebnis ist zu einem grossen Teil auf die reduzierten Investitionen zurückzuführen. Anstelle der budgetierten Netto-Investitionen von 963 Millionen Franken wurden nur 736 Millionen investiert. Damit reduzierten sich die Abschreibungen entsprechend. Der Gesamtaufwand erreicht mit 8.541 Milliarden Franken erneut Rekordhöhe. Insbesondere der Personalaufwand ist mit 2.716 Milliarden gegenüber 2013 erneut um 40 Millionen Franken gestiegen.

Dass sich das Ergebnis gegenüber dem Budget besser präsentiert, liegt am nochmals gestiegenen Steuerertrag von 2.524 Milliarden Franken. Auch die Entgelte sind gegenüber 2013 um 54 Millionen Franken gestiegen. Die vom Bezirksrat verordnete Auflösung der Schwankungsreserve der Flughafenaktien sowie die Auflösung der Rückstellung für das ewz-Übertragungsnetz spülen ungeplant 252 Millionen Franken in die Stadtkasse. Somit sorgen letztlich Steuerzahler und Nutzer von Dienstleistungen sowie die Auflösung von Reserven für das vorliegende scheinbar bessere Ergebnis. Aus mittelfristiger Sicht ist die FDP mit dem vorliegenden Resultat keineswegs zufrieden.

Der Beitrag des Projekts 17/0 zum Ergebnis ist einmal mehr sehr bescheiden. Der Stadtrat ist nun gefordert, endlich die Ausgaben deutlich zu reduzieren. Denn es ist zu erwarten, dass die Steuerzahlungen der Unternehmen in den kommenden Jahren aufgrund des schwierigen Umfelds zurückgehen werden. Die Luxusprojekte von Rot-Grün aus der Vergangenheit wie garantierte Kinderbetreuung und günstige Wohnungen für alle und zu jedem Preis werden die Stadtkasse noch auf Jahre hinaus stark belasten. Es ist ferner zu befürchten, dass die Begehrlichkeiten von Links-Grün auch in nächster Zeit nicht zurückgehen werden.

Für die FDP gibt es keinen Grund, von ihrer Finanzstrategie im Hinblick auf die kommenden Jahre abzuweichen, nämlich weiterhin ein ausgeglichenes Budget und eine echte Aufgabenüberprüfung zur Entlastung der gebeutelten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie erwartet nun vom Stadtrat eine klare Strategie, wie auf der Ausgabenseite unter Einschluss der Personalkosten eine Reduktion erreicht werden kann. Die Ratsdebatte vor zwei Wochen zu den Motionen der bürgerlichen Seite mit dem Ziel, die Ausgaben zu reduzieren, machte allerdings deutlich, dass bei Rot-Grün keinerlei Einsicht in dieser Hinsicht besteht.

1058. 2015/195**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 17.06.2015:
Rechnung 2014**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Stadtfinanzen: Wir sind auf gutem Weg – Finanzpolitik mit kühlem Kopf und ruhiger Hand bewährt sich

Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich schliesst wie im Vorjahr deutlich besser ab als budgetiert. Anstatt einem Minus von rund 200 Millionen Franken bleibt schliesslich ein Defizit von noch 57 Millionen Franken – eine Verbesserung um mehr als 140 Mio. Franken. In allen Departementen wird mit den Finanzen sorgfältig umgegangen und werden die Sparvorgaben berücksichtigt. Zürich ist finanziell auf gutem Weg.

Zürich wächst: Die Bevölkerung wächst, die Steuereinnahmen wachsen ebenfalls und bewegen sich weiterhin auf Rekordniveau, gleichzeitig wachsen auch die Investitions-Ausgaben für die immer grössere Bevölkerung. Die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher haben schon mehrmals bestätigt, welche Investitionen in dieser Stadt gewünscht und notwendig sind. So auch am vergangenen Wochenende, wo mit den Abstimmungsvorlagen zur Wohnsiedlung Hornbach und der Veloinitiative zwei wegweisende Entscheide gefällt wurden. Das Signal ist klar: Erstens soll Zürich weiterhin in den Wohnbau investieren – bezahlbare Wohnungen mit Kostenmiete sind nach wie vor Mangelware. Zweitens soll der Veloverkehr gefördert werden. Der Entscheid des Stimmvolkes entspricht einmal mehr den Grundsätzen in der Gemeindeordnung. Auch bei der Kinderbetreuung in Krippe und Hort oder bei der Umsetzung der 2000-W-Gesellschaft erwarten wir, dass die Stadt nicht bei den Investitionen spart. Das Investitionsvolumen soll noch besser ausgeschöpft werden, damit die ambitionierten Ziele erreicht werden können.

Auf der Einnahmenseite bewegen sich die Steuern weiterhin auf Rekordniveau. Ob das weiterhin so sein wird, ist aber sehr fraglich. Mit der Unternehmenssteuerreform III werden die Steuern der juristischen Per-

sonen zurückgehen, das ist aus unserer Sicht nicht nur unverständlich, sondern schlicht unverantwortlich, haben Gewerbe und Dienstleister doch schon in den letzten Jahren von diversen Steuererleichterungen profitieren können. Den Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sollten auch die Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister einhalten.

In den kommenden Jahren liegt der Fokus bei den städtischen Finanzen auf der Erhaltung des Eigenkapitals. Die Politik von Finanzvorsteher Daniel Leupi zeigt Wirkung: Es ist spürbar, dass alle Dienstabteilungen sorgfältiger mit den Finanzen umgehen und ihre Ausgaben regelmässig überprüfen. Trotzdem sind wir nicht mit allen Sparmassnahmen glücklich. So ist die kürzlich erfolgte Kürzung der Begabtenförderung ein falsches Signal. Wir erwarten, dass weitere Kürzungen mit Mass und nicht zu Lasten der Lebensqualität vorgenommen werden.

Denn Zürich ist eine florierende und eine attraktive Stadt, sowohl für Firmen wie auch zum Wohnen. Neue Firmen siedeln sich in Zürich an, weil das Umfeld hier stimmt, angefangen von der Kinderbetreuung bis hin zur steuerlichen Belastung. Insbesondere auch wertschöpfungsstarke Unternehmen schaffen in Zürich Arbeitsplätze, profitieren von unserer Infrastruktur und zahlen in der Regel auch Steuern. Wir werden uns auch in Zukunft für gesunde Finanzen, eine leistungsfähige Infrastruktur – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Veloverkehr, Betreuung – und für einen guten Service Public einsetzen.

1059. 2015/196

Erklärung der GLP-Fraktion vom 17.06.2015: Rechnung 2014

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Sondereffekte statt Sonderefforts

Die Rechnung 2014 schliesst besser ab als budgetiert. Das hat Tradition und ist weder neu noch überraschend. Zugegeben: Die Verbesserung von gut 176 Millionen ist höher als in den vergangenen Jahren und an sich erfreulich. Ob das allerdings wirklich eine Folge der ausserordentlichen Sparanstrengungen und des Kostenbewusstseins in der Verwaltung war, darf in Frage gestellt werden.

Alleine die Auflösung der Schwankungsreserve der Flughafenaktien trug 50 Millionen Franken zur Verbesserung des Resultats bei – ein Vorgang übrigens, der sich in den kommenden beiden Jahren wiederholen wird und zu unserem Bedauern wohl den Spardruck auf die Verwaltung senken dürfte. Hinzu kommen weitere Sondereffekte wie beispielsweise tiefere Aufwendungen für Energiekäufe in der Höhe von knapp 30 Millionen Franken. Ein geringerer Energieverbrauch würde uns Grünliberale ja eigentlich freuen, nur ist ein ansehnlicher Teil davon schlicht und einfach dem milden Winter geschuldet.

Ebenfalls deutlich (23.8%) unter Budget sind die Investitionsausgaben. Auch das ist ein bekanntes alljährliches Phänomen, welches zur Verbesserung des Eigenfinanzierungsgrads und (aufgrund der tieferen Abschreibungen von knapp 20 Millionen Franken) der laufenden Rechnung beiträgt.

Wenig erfreulich ist der Umgang des Stadtrats mit Beschlüssen des Gemeinderats. Die GLP verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht der RPK und schliesst sich deren Rüge an.

Trotz des besseren Abschlusses bleibt die finanzielle Lage der Stadt Zürich angespannt und das strukturelle Defizit bestehen. Vergessen wir nicht: Die Steuereinnahmen befinden sich auf einem Allzeithoch während Zinsen und Inflation tief bleiben. Die Stadt muss also weder einen Teuerungsausgleich ausrichten noch hohe Aufwendungen für Fremdkapital leisten. Eigentlich wären das die richtigen Voraussetzungen für einen Ertragsüberschuss. Ein Defizit vor diesem Hintergrund lässt nur einen Schluss zu: Es gibt noch viel zu tun.

1060. 2015/197

Erklärung der CVP-Fraktion vom 17.06.2015: Rechnung 2014

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Das budgetierte Defizit wurde deutlich kleiner – aber es ist immer noch ein Defizit!

Die CVP-Fraktion nimmt die vom Stadtrat vorgelegte Rechnung 2014 mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Die Exekutive hat zwar ein weiteres Mal ein Resultat präsentiert, dass besser als budgetiert ist – aber es ist immer noch ein Defizit. Die CVP anerkennt, dass der Stadtrat verschiedene Massnahmen zu einer Verbesserung vorgenommen hat. Ersichtlich ist aber auch, dass die Departemente und Dienstabteilungen in unterschiedlichem Masse zur Verbesserung beigetragen haben.

Einzelne Schritte – auch zum Ziel des mittelfristigen ausgeglichenen Haushaltes sind eingeleitet doch das Tempo stimmt aus unserer Sicht noch nicht. Damit das Eigenkapital in den nächsten drei Jahren nicht wie der Schnee an der Sonne schmilzt, sind zwingend weitere Massnahmen vorzusehen. Im Weiteren gilt es darauf hinzuweisen, dass im vergangenen Jahr einzelne einmalige Effekte – wie die Aufwertung der Aktien der Flughafen Zürich AG oder die Auflösung einer Rückstellung beim ewz – zum besseren Rechnungsabschluss beigetragen haben und sich nicht wiederholen werden.

Auf ein für uns zu tiefes Niveau sind die Nettoinvestitionen gefallen. Wir haben immer eine Verstetigung gefordert – mit dem deutlichen Rückgang auf tiefe 736 Mio CHF besteht die Gefahr, in den kommenden Jahren einen Investitionsstau aufholen zu müssen.

Aus unserer Sicht hat das Sparprogramm 17/0 nicht den grossen Wurf gebracht. Die CVP-Fraktion hat sich davon deutlich mehr versprochen. Hier muss der Stadtrat nochmals über die Bücher und Massnahmen einleiten, die zu wirklichen Einsparungen und nicht nur zu einer „Pflasterlipolitik“ führen. Wenn wir mittelfristig nicht einen Bilanzfehlbetrag aufweisen wollen, müssen jetzt endlich einschneidende Massnahmen ergriffen werden.

Die Fraktion der CVP wird den Stadtrat daher in seinen Bemühungen um Verbesserungen weiter unterstützen, in naher Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt der Stadt Zürich präsentieren zu können. Dies sind wir den kommenden Generationen schuldig.

1054. 2015/66

Weisung vom 11.03.2015:

Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1055/2015–1060/2015)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
 Enthaltung: Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Ausstand: Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Enthaltung: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2014 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 2 354 592.95 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2014 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Juni 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1061. 2015/1

Weisung vom 07.01.2015:

Motion von Dr. Urs Egger und Marc Hohl betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/419, von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) vom 9. November 2011 betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Severin Pflüger (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt: Vom Bericht betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 45 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 54 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/419, von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) vom 9. November 2011 betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Juni 2015

1062. 2015/39

Weisung vom 04.02.2015:

Postulat der Spezialkommission PRD/SSD betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen», Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird Kenntnis genommen.

2. Die Motion, GR Nr. 2012/16, der Spezialkommission PRD/SSD vom 18. Januar 2012 betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Christian Huser (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt: Vom Bericht betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Christian Huser (FDP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Christian Huser (FDP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 19 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/16, der Spezialkommission PRD/SSD vom 18. Januar 2012 betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Juni 2015

1063. 2015/13**Postulat von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 14.01.2015:
Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrads für Angestellte mit
Betreuungspflichten, Änderung des Personalrechts (PR)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Cordula Bieri (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 643/2015).

Katharina Widmer (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 69 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1064. 2015/142**Postulat der Grüne-Fraktion vom 20.05.2015:
Städtische Mitarbeitende mit Betreuungspflichten, Ermöglichung von längeren
unbezahlten Urlauben**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Kunz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 934/2015).

Katharina Widmer (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juni 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 67 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1065. 2015/198**Schriftliche Anfrage von Roberto Bertozzi (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom
17.06.2015:
Studienberatung im Laufbahnzentrum Zürich (LBZ), Kriterien und Resultate der
Zufriedenheitsbeurteilungen und der Beratungen sowie Massnahmen zur Behe-
bung der qualitativen Defizite**

Von Roberto Bertozzi (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Eine Umfrage, die am 30. Oktober 2013 in der Neuen Zürcher Zeitung erschienen ist, zeigt, dass Maturandinnen und Maturanden aus dem Kanton Zürich zwar zu 90 Prozent mit ihrer Ausbildung an der Mittelschule zufrieden, mit der Studienberatung aber unzufrieden sind. Die Studien- und Laufbahnberatung im Kanton Zürich fällt im Urteil der ehemaligen Maturandinnen und Maturanden gegenüber anderen Kantonen deutlich ab. Fühlten sich in 11 Deutschschweizer Kantonen gesamthaft 46 Prozent der Befragten in der Studienwahl zu wenig unterstützt, waren es im Kanton Zürich 56 Prozent.

Im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung im Laufbahnzentrum Zürich (LBZ) bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie findet die Qualitätssicherung in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung statt?
2. Wie zufrieden sind die Kunden des Laufbahnzentrums Zürich (LBZ) mit den Beratungsdienstleistungen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (bitte um prozentuale Angaben).
3. Nach welchen Befragungskriterien werden die Zufriedenheitsbeurteilungen durch das Laufbahnzentrum Zürich (LBZ) vorgenommen? Bitte um detaillierte Auflistung der Befragungskriterien und/oder die Beilage eines verwendeten Feedbackfragebogens.
4. Wo bestehen qualitative Defizite in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und wie können diese behoben werden? Was wurde schon unternommen?
5. Nach welchen Kriterien werden Jugendliche, die auf Stellensuche sind, beraten? Werden bei der Beratung die Talente und Begabungen berücksichtigt oder wird die Beratung einseitig von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geleitet?
6. Was für eine methodische Grundlage kommt allenfalls bei der Festlegung der Talente und Begabungen der Jugendlichen zum Zuge?

Mitteilung an den Stadtrat

1066. 2015/199

Schriftliche Anfrage von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 17.06.2015:

Schulraumplanung im Zusammenhang mit der Erstellung der Siedlung Obsthaldenstrasse, Massnahmen zur Behebung des absehbaren Schulraumdefizits für die Oberstufe in Zürich-Affoltern

Von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Neben dem Schulhaus Käferholz in Zürich-Affoltern wird voraussichtlich die Siedlung Obsthaldenstrasse erstellt. Das Schulhaus Käferholz kann nicht nach innen verdichtet werden (Denkmalschutz Garten). Ab 2020 hat es in Zürich Affoltern gemäss Schulraumplanung nicht mehr genügend Platz für alle Schüler/-innen der Oberstufe.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb hat die Stadt Zürich, trotz der bekannten Tatsache des fehlenden Schulraums, den Wettbewerb «Siedlung Obsthaldenstrasse» abgeschlossen? Warum wurde ein Siegerprojekt erkoren, welches dem Schulraumdefizit keine Rechnung trägt?
2. Welche Planungen wurden getätigt, um dem absehbaren Schulraumdefizit ab 2020 lösungsorientiert entgegenzuwirken?
3. Wurde geprüft, ob in unmittelbarer Umgebung des Schulhauses Käferholz ein zusätzlicher Landerwerb möglich ist, um allenfalls einen Erweiterungsbau realisieren zu können? Wenn ja, mit welchen detaillierten Erkenntnissen?
4. Wie plant die Stadt Zürich das Schulraumdefizit für die Oberstufe in Zürich Affoltern zu lösen? Welchen zusätzlichen Schulraum bedarf es nach heutigem Kenntnisstand?

Mitteilung an den Stadtrat

1067. 2015/200**Schriftliche Anfrage von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 17.06.2015:****Infrastruktur des Schulhauses Blumenfeld, Bedingungen und Nutzungsmöglichkeiten für alle Vereine aus dem Quartier**

Von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Schulhaus Blumenfeld in Zürich-Affoltern wird seinen Betrieb 2016 aufnehmen. Sowohl in zahlreichen Mitteilungen als auch im Abstimmungswahlkampf zu diesem Projekt wies die Stadt Zürich mehrmals darauf hin, dass die Schulräume und die Turnhalle ausserhalb des Schulbetriebes den Vereinen aus dem Quartier zur Verfügung stehen sollen und werden. Demnach sollten Spiel, Sport, Veranstaltungen und weiteres ermöglicht werden. Mit der Weisung GR-Nr. 2014/259 «Tagesschulen mit Tageskindergärten» wurde das Schulhaus Blumenfeld als Pilotprojekt-Schulhaus deklariert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Möglichkeiten haben Vereine aus dem Quartier, Räumlichkeiten und Infrastruktur des Schulhauses Blumenfeld ausserhalb des regulären Schul- und Betreuungsbetriebs ab 2016 zu nutzen?
2. Ist bereits ein Nutzungskonzept vorhanden, das den Vereinen Planungsmöglichkeiten gewährt? Wenn ja, bitte um detaillierte Information. Wenn nein, ab welchem Zeitpunkt ist ein Nutzungskonzept vorhanden?
3. Gibt es für die öffentliche Mitbenutzung der Schulinfrastruktur Vereine, die bevorzugt werden? Wenn ja, welche?
4. Gibt es für die öffentliche Mitbenutzung der Schulinfrastruktur geplante Benutzungszeiten für den Pausen- und den Hartsportplatz? Wenn ja, für welche Zeitfenster?
5. Wird die Stadt Zürich den Vereinen aus dem Quartier während der Pilotphase «Tagesschule» andere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können? Wenn ja, welche?

Mitteilung an den Stadtrat

1068. 2015/201**Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP), Raphael Kobler (FDP) und 23 Mitunterzeichnenden vom 17.06.2015:****Erarbeitung einer Strategie für die Stadtspitäler, Beurteilung der heutigen Rechtsform sowie mögliche Auswirkungen der neuen Strategie bezüglich wirtschaftlicher und investitionstechnischer Kriterien und der medizinischen Qualität**

Von Elisabeth Schoch (FDP), Raphael Kobler (FDP) und 23 Mitunterzeichnenden ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die beiden Spitäler Waid und Triemli, welche im Besitz der Stadt Zürich sind verfügen über ein Globalbudget von rund 160 Mio. resp. 440 Mio. sowie ein Investitionsbudget von 6,27 resp. 101.3 Mio. (gemäss Budget 2015). Beide Spitäler werden als Dienstabteilung der Verwaltung mit einem Globalbudget geführt. Die hohen Betriebs- und Investitionskosten implizieren die Möglichkeit eines hohen Risikos, welches durch die Stadt Zürich getragen wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategie verfolgt die Stadt mit den beiden Spitälern, wie positionieren sie sich im Wettbewerb zu den regionalen und überregionalen Spitälern, insbesondere auch gegenüber dem Universitätsspital?
2. Inwiefern beurteilt der Stadtrat, aber auch die Spitalleitung die heutige Rechtsform als adäquat und sinnvoll, um einerseits die medizinische Versorgung und andererseits die Corporate Governance hinreichend sicher zu stellen?
3. Bis wann und unter Einbezug welcher Kreise wird der Stadtrat diese Strategie erstellen und wie wird darüber Beschluss gefasst?

4. Welche Auswirkungen hat diese Strategie auf die Corporate Governance in wirtschaftlicher und in investitionstechnischer Hinsicht? An welchen Indikatoren wird z.B. der Erfolg der Investition ins neue Bettenhaus gemessen?
5. Wie entwickelt sich die Investitionsfähigkeit der Spitäler Waid und Triemli angesichts sinkender Baserrates? Welche Ziel-EBITDA werden angestrebt?
6. Wie stellt diese neue Strategie sicher, dass sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die medizinische Qualität sichergestellt ist?
7. Ist vorgesehen, dass für die Pflege- und Alterszentren ebenfalls eine Strategie erstellt wird. Bis wann kann mit dieser gerechnet werden und welchem Gremium wird diese präsentiert?
8. Wo sieht der Stadtrat Raum für weitere Kooperationen, Synergien, sinnvolle Arbeitsteilungen?
9. Wie beurteilt der Stadtrat den HSK-Prozess bezüglich Angebot von Waid und Triemli? Sind dort Disziplinen in Frage gestellt?

Mitteilung an den Stadtrat

1069. 2015/202

Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 17.06.2015: Regelungen und Infrastruktur betreffend der Velonutzung der Kinder bei Schulhäusern

Von Matthias Probst (Grüne) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 14. Juni wurden die Stadtzürcher Veloinitiative und der Gegenvorschlag von einer Mehrheit der Stimmberechtigten in Zürich befürwortet. Damit in Zürich in Zukunft die neu erstellte Veloinfrastruktur auch von allen genutzt werden kann, ist es wichtig, dass bereits Kinder lernen, mit dem Velo umzugehen.

Es hat sich gezeigt, dass die meisten Kinder sehr gerne Velofahren. Sei es, um damit in die Badi, in die Schule oder sonstwo hin zu kommen, oder einfach nur aus Spass am Fahren. Letzteres kommt insbesondere dann zur Geltung, wenn das Terrain kleine Herausforderungen stellt, die spielerisch erlernt werden können. Als Beispiel dazu sind sogenannte Pumptracks auf Pausenplätzen zu nennen.

Zur Zeit stehen dem fröhlichen Velo-Vergnügen der Kinder aber ganz praktische Dinge im Weg, wie: Allgemeines Velofahrverbot auf Pausenplätzen ausserhalb der Pausen, fehlende Veloabstellplätze für Kinder, die mit dem Velo zu Schule fahren, oder ein Verbot, mit dem Velo zu Schule zu fahren für Kinder unter der fünften Klasse (vor Veloprüfung).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen, die Antworten dürfen, falls sich dies als nützlich erweisen sollte, auch in tabellarischer Form gegeben werden:

1. Auf den Pausenplätzen welcher Schulhäuser gilt heute noch ein allgemeines Fahrverbot, statt nur Fahrverbot MIV?
2. Bis wann gedenkt der Stadtrat, die entsprechenden Verbotstafeln in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hauswartsdiensten zu ersetzen?
3. Welche Schulhäuser besitzen auf ihren Pausenplätzen keinen Pumptrack für Kinder?
4. An welchen Schulhäusern dürfen die Kinder heute in jedem Fall mit dem Velo zur Schule fahren?
5. Bei welchen Schulhäusern gibt es Veloabstellplätze für alle SchülerInnen?
6. Bis wann gedenkt der Stadtrat, Veloabstellplätze für alle SchülerInnen zu erstellen, dort, wo es sie heute noch nicht gibt?
7. Welche Schulhäuser mit Velofahrverbot besitzen oberirdische Parkplätze für private Autos der Lehrerschaft?
8. Wie gross ist die Schnittmenge der Schulhäuser mit oberirdischen Autoparkplätzen für Lehrpersonen und zu wenig Veloabstellplätzen für alle SchülerInnen?
9. In welchen Schulhäusern gibt es heute bereits eine obligatorische Veloprüfung für alle SchülerInnen? Und bis wann gedenkt der Stadtrat, die Veloprüfung flächendeckend einzuführen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**1070. 2015/176**

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP), Raphael Kobler (FDP) und 21 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:

Erarbeitung einer Strategie für die Stadtspitäler, Beurteilung der heutigen Rechtsform sowie mögliche Auswirkungen der neuen Strategie bezüglich wirtschaftlicher und investitionstechnischer Kriterien und der medizinischen Qualität

Elisabeth Schoch (FDP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1071. 2015/121

Dringliche Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2015:

Kürzungsmassnahmen in den Bereichen Aufgabenstunden und Begabungs- und Begabtenförderung, Art und Ausmass der Kürzungen sowie Entlastungsmassnahmen für die Lehrpersonen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 484 vom 3. Juni 2015).

1072. 2015/122

Dringliche Schriftliche Anfrage von Rosa Maino (AL), Anjushka Früh (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2015:

Sparmassnahmen im Volksschulbereich, Auswirkungen auf den Schulbetrieb und das Budget 2015

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 485 vom 3. Juni 2015).

1073. 2015/63

Schriftliche Anfrage von Nina Fehr Düsel (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 04.03.2015:

Rechtsgrundlagen für die Unterbringung von Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügern in Hotels und Pensionen sowie Ausmass und Kosten dieser Unterbringung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 486 vom 3. Juni 2015).

1074. 2015/65

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Mauro Tuena (SVP) vom 04.03.2015:

Evaluationsverfahren für die Beschaffung der neuen Tramkompositionen der VBZ, Angaben zu den Muss-Anforderungen und zur Bewertung der Kriterien

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 501 vom 4. Juni 2015).

1075. 2015/72

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 11.03.2015:

«Lies!»-Koranverteilaktionen der salafistischen Gruppierung «Die wahre Religion», Rahmen und Umfang der Prüfung von Veranstaltungsgesuchen sowie Berücksichtigung von Beschlüssen ausserkantonaler oder ausländischer Behörden

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 528 vom 10. Juni 2015).

1076. 2015/83

Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 18.03.2015:

Revision des Radio- und Fernsehgesetzes, Kostenfolge für die stadteigenen und die stadtnahen Betriebe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 482 vom 3. Juni 2015).

1077. 2014/233

Weisung vom 09.07.2014:

Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung; neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach (Quartier Riesbach) mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof; Objektkredit von 100,7 Millionen Franken

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/233 Weisung vom 09.07.2014:

Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung; neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach (Quartier Riesbach) mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof; Objektkredit von 100,7 Millionen Franken

63 197 Ja 32 928 Nein

1078. 2014/87

Weisung vom 26.03.2014:

«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative), Ablehnung und Gegenvorschlag

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/87 Weisung vom 26.03.2014:

«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative), Ablehnung und Gegenvorschlag

Velo-Initiative

47 804 Ja 46 036 Nein

Gegenvorschlag

56 640 Ja 33 431 Nein

In der Stichfrage wurde der Gegenvorschlag der Initiative vorgezogen.

1079. 2014/232

Weisung vom 09.07.2014:

Kultur, «Zürich im Landesmuseum», permanente Einrichtung mit Animationen und Informationen über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit für Realisierung, jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge 2016–2019

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/232 Weisung vom 09.07.2014:

Kultur, «Zürich im Landesmuseum», permanente Einrichtung mit Animationen und Informationen über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit für Realisierung, jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge 2016–2019

60 022 Ja 34 451 Nein

1080. 2014/304

Weisung vom 01.10.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/304 Weisung vom 01.10.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit

69 718 Ja 24 350 Nein

Nächste Sitzung: 24. Juni 2015, 17 Uhr.